

IndustriALL Global Union Weltkonferenz für die Basismetallindustrie

21.-22. November 2016, Duisburg, Deutschland

Aktionsplan

Präambel

Nach der Zusammenkunft einiger Hundert Delegierter und Gäste von 32 Gewerkschaften aus 24 Ländern vom 21.-22. November 2016 in Duisburg, Deutschland, auf der IndustriALL Weltkonferenz für die Basismetallindustrie;

nach zweitägigen Debatten und Diskussionen über die entscheidenden Herausforderungen in der Basismetallindustrie, insbesondere über die Überkapazitäten und die schwache Regulierung zum Schutz unserer Branchen gegen Dumping;

unter Berücksichtigung der auf den Kongress in Rio de Janeiro verabschiedeten fünf strategischen Ziele von IndustriALL Global Union, und

unter Berücksichtigung der gesonderten Erklärung der Konferenz über die globale Stahlkrise

verpflichten wir uns hiermit zu folgendem Aktionsplan während vier Jahre bis zum nächsten Kongress:

1. Aufbau gewerkschaftlicher Macht durch Organisierung und Kampagnen:

- Unterstützung bei der Gründung und beim Aufbau starker, demokratischer und unabhängiger Gewerkschaften
- Unterstützung der Mitgliedsorganisationen bei der Durchführung strategischer Recherchen und Entwicklung von Kapazitäten mit Hilfe der Ressourcen unserer Mitgliedsorganisationen, globalen Gewerkschaften, des Ausschusses für Arbeitnehmerkapital, usw.
- Unterstützung der Mitgliedsorganisationen bei strategischen Organisierungskampagnen mit klaren, messbaren und nachprüfbaren Zielen und Zeitrahmen, um die tarifpolitischen Kapazitäten zu stärken und mit Fokus auf Frauen und junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen prekäre Beschäftigung zu kämpfen
- Unterstützung der aktuellen Organisierungskampagnen der Mitgliedsorganisationen durch nationale Organisierungsprojekte in Mosambik, Indonesien, Sambia, auf den Philippinen, in Chile, Kolumbien, Indien, Thailand und in anderen Ländern
- Engagement für die Einheit und Zusammenarbeit nationaler Gewerkschaften bei Organisierungskampagnen

- Festigung der Rolle der globalen, regionalen und nationalen Netzwerke im Basismetallsektor
- Unterstützung der Bemühungen zum Aufbau starker nationaler Strukturen auf der Grundlage demokratischer Prinzipien, Rechenschaftspflicht, Inklusion von Frauen, jungen Menschen, LGBTQ-Arbeitnehmern, ethnischen und religiösen Minderheiten, Immigranten und prekär Beschäftigten
- Stärkung der Recherchekapazitäten der Mitgliedsorganisationen, damit sie wirksam mit Konzernumstrukturierungen und der zyklischen Natur der Rohstoffmärkte umgehen können
- Austausch von Information über Kollektivverträge und Arbeitsbedingungen zur Schaffung von Grundlagen für eine koordinierte Tarifpolitik

2. Kampf gegen das globale Kapital:

- Koordinierung und Unterstützung weltweiter Konzernkampagnen
- Unterstützung der Netzwerkarbeit im Basismetallsektor, etwa bei Gerdau, Tenaris/Ternium, Alcoa/Arconic
- Entwicklung einer Strategie für die Zuliefererkette durch Zusammenarbeit mit der Bergbau-Sektion bei der Entwicklung von Netzwerkaktivitäten in Konzernen wie Rio Tinto, Glencore, AngloAmerican, Vale, BHP Billiton/South32
- Stärkeres Augenmerk auf Informationsaustausch, Schulungen und Aufbau von Kapazitäten in den gewerkschaftlichen Netzwerken
- bessere Umsetzung der Arbeits- und Gesundheitsschutzvereinbarung und Wiederbelegung der globalen Rahmenvereinbarung mit dem größten Stahlproduzenten ArcelorMittal, mit dem Ziel, diese Vereinbarung zu einem Maßstab für andere multinationale Konzerne in der Branche zu machen
- Nutzung der aktuellen globalen Rahmenvereinbarung mit Norsk Hydro, Vallourec und ThyssenKrupp und Aushandlung bzw. Unterzeichnung neuer globaler Vereinbarungen mit anderen führenden Konzernen
- Recherche und Untersuchung von Möglichkeiten einer globalen Tarifverhandlungsstrategie zur Harmonisierung der Beschäftigungsbedingungen
- Koordinierung von Initiativen der Mitgliedsorganisationen gegen den Marktwirtschaftsstatus von China, um gegen unfaires Dumping zu kämpfen und die Beteiligung von Gewerkschaften bei der Umsetzung von Handelsschutzinstrumenten und handelspolitischen Ansätzen zu fördern
- Aktive Mitarbeit im OECD-Stahlausschuss und im G-20-Forum über Stahlüberkapazitäten
- Zusammenarbeit mit IndustriAll European Trade Union bei handelspolitischen Fragen in europäischen Foren

- Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) im Bezug auf einen grenzüberschreitenden sozialen Dialog mit multinationalen Basismetallunternehmen durch intensive Recherche und nachfolgenden dreiseitigen Treffen
- Unterstützung der Mitgliedsorganisationen bei einer wirksamen Mitarbeit in örtlichen Gemeinschaften, indigenen, Menschenrechts- und Umweltorganisationen durch koordinierte Initiativen wie etwa die Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft (EITI), die Initiative für verantwortungsvolle Bergbausicherung (IRMA), die Aluminium Stewardship Initiative (ASI), den Responsible Mining Index, sowie die nationalen Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Leitlinien für Unternehmen und Menschenrechte

3. Verteidigung der Arbeitnehmerrechte:

- Durchführung von nationalen und internationalen Solidaritätskampagnen gegen multinationale Konzerne und Regierungen zur Verteidigung der Arbeitnehmerrechte
- Forderung, dass alle Handels- und Investitionsabkommen verbindliche und durchsetzbare Arbeitnehmer-, Gewerkschafts- und Sozialrechte beinhalten, deren Verletzung den gleichen Streitbeilegungsmechanismen unterworfen sind wie Verletzungen gewerblicher Rechte
- Sicherstellen, dass Arbeitnehmerrechte Teil der Best-Practice-Standards für nachhaltige Entwicklung sind

4. Kampf gegen prekäre Beschäftigung

- Fortführung gemeinsamer Aktionen der Mitgliedsorganisationen als Teil des Kampfes gegen prekäre Beschäftigung
- Koordinierung von Aktionen, damit das IAO-Übereinkommen über menschenwürdige Arbeit in den globalen Zuliefererketten ein wirksames Instrument zum Schutz gegen die Ausbreitung prekärer Beschäftigung wird
- Unterstützung nationaler und lokaler Gesetze und Maßnahmen gegen die Ausbreitung prekärer Beschäftigung, auch im öffentlichen Dienst
- Einbeziehung von Formulierungen in Tarifverträge zur Begrenzung prekärer Beschäftigung, Austausch guter Beispiele der Mitgliedsorganisationen, Nutzung globale Rahmenvereinbarungen, Unternehmensnetzwerke und anderer Mechanismen;
- Förderung dreiseitiger Zusammenarbeit, um gegen Zeitarbeit und andere Formen prekärer Beschäftigung vorzugehen
- Einbindung des Themas prekäre Beschäftigung in die Wachstumsstrategien des globalen Netzwerkes, in die gewerkschaftliche Organisation und in die Thematik Gerechtigkeit für junge Menschen und Frauen
- Austausch von Informationen, Schulungen und Fortbildungen zum Thema prekäre Beschäftigung

5. Engagement für eine nachhaltige industrielle Beschäftigungspolitik

- Politisches Engagement für Diversifikation und nachhaltige industrielle Entwicklung
- Betonung der Bedeutung der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit und volle Anerkennung der Herausforderungen einer klimasensitiven Wirtschaft für Frauen und junge Menschen
- Unterstützung der Forderungen von IndustriALL Global Union nach einem gerechten Wandel, zu dem die Einrichtung eines Emissionshandelssystems gehört, das sowohl die Umwelt schützt als auch menschenwürdige Arbeitsplätze in der Industrie schützt
- Forderung an Regierungen und Arbeitgeber, die COP21-Ziele zu unterstützen, durch Maßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels, Investitionen in saubere Energien, in energieeffiziente Industrien und in nachhaltige und widerstandsfähige Infrastruktur. Unternehmen und Regierungen sollten insbesondere in Blockheiz- und Abwärmekraftwerke sowie in Technologien zur Kohlenstoffbindung investieren.
- Unterstützung unserer Mitgliedsorganisationen zur Fortbildung ihrer Mitglieder zum Thema Klimawandel und Informationen über die Vorschläge der Gewerkschaftsbewegung für ein gerechten Wandel und nationale Initiativen
- Organisation, um Arbeitgeber für die Auswirkungen auf Gesundheit und Sicherheit der Gemeinden, der Umwelt und der Arbeitsplätze zur Verantwortung zu ziehen
- Unterstützung der Mitgliedsorganisationen, um sich in Gemeinden und Umweltschutzorganisationen zu engagieren und einen sozialen Dialog sowie ein gemeinsames Aktionsprogramm zu entwickeln.